



Dokumentation Kölner Flüchtlingsgipfel

Donnerstag, 02. Februar 2017

09:00 Uhr – 16:00 Uhr

© Paulo dos Santos

Grußwort

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker



**„Flüchtlingsunterbringung und Quartiersentwicklung –
Chancen fürs Veedel“**

Prof. Dr. Jürgen Friedrichs, Institut für Soziologie und Sozialpsychologie (ISS) an der Universität zu Köln



Flüchtlingsunterbringung und Quartiersentwicklung – Chancen fürs Veedel

Kölner Flüchtlingsgipfel
2. Februar 2017

Prof. Dr. Jürgen Friedrichs

INHALT

1. Problem

2. Art der Unterkunft

3. Wohnungen und Wohngebiete

4. Wohngebiete und Flüchtlinge

5. Kontaktchancen und Integration

6. Folgerungen

Literatur

1. PROBLEM

Es geht um den Zusammenhang von ...

- Art der Unterkunft
- Sozialem Status des Wohngebiets
- Verteilung der Flüchtlinge
- Diskriminierung / Integration
- Kontaktchancen und Kontakten

Daten der Kölner Flüchtlingsstudie:
Hamburg, Mülheim an der Ruhr und Köln

2. ART DER UNTERKUNFT

Größe der Unterkunft

- a) Studie in niederländischen Städten (Lubbers et al. 2006):
Unterkünfte von 50 oder 100 Flüchtlingen werden akzeptiert, solche mit 500 abgelehnt

- b) Konflikte in Hamburg über Größe der Unterkünfte:
Proteste gegen zu große Unterkünfte und zu viele Flüchtlinge 2016
Obergrenze 300 Flüchtlinge, „Verträge“ mit elf Stadtteilen
(FHH Bürgerschaft Drs. 21/5231, 21/4940, Friedrichs und Schwarzenberg 2016)

2. ART DER UNTERKUNFT

Problematisch (Standorte seit 2016):

Mülheim 400

Ostheim 400

Ossendorf 400

2. ART DER UNTERKUNFT

Köln

Unterbringungs- „Mix“



3. WOHNUNGEN UND WOHNGBIETE

Das setzt voraus, Wohnungen zu haben UND

sie über das Stadtgebiet zu verteilen

= Zusammenhang von Verteilung der Wohnungen und der Flüchtlinge

Steuerung über das Wohnungsangebot?

3. WOHNUNGEN UND WOHNGBIETE

2015: 3.333 neue Wohnungen

Doch davon sind 55,5 % Eigentumswohnungen

Rodenkirchen: 83,4 %; Lindenthal: 68,4 %

Bedarf bis 2029: 66.000 Wohnungen

Wohnungsbauprogramm 2015: 31.200

Defizit: 34.800

Trotz unterschiedlicher Vorschläge bleibt ein Defizit von 17.000 bis 18.800 WE

Verteilung über die Stadtgebiete? Kriterien?

3. WOHNUNGEN UND WOHNGBIETE

Weiteres Problem:

Ungleiche Verteilung der Flüchtlinge über die Stadtteile.
Anteil der Plätze pro Einwohner:

Fühlingen: 11,6 %, Lindweiler 9,0 %, Lind 9,9 %

Godorf: 7,4 %, Rodenkirchen: 6,1 %

Marienburg: 0,7%, Lindenthal: 0,1 %

Libur, Langel, Klettenberg, Hahnwald: alle 0 %

Proteste der Bürger/innen wegen ungleicher Verteilung

3. WOHNUNGEN UND WOHNGBIETE

Aber kann man Unterkünfte in Stadtteile der oberen Mittelschicht oder Oberschicht erreichen? Beispiel Hamburg Harvestehude:

Erstnennungen: 69,3 % positiv, nur 12,4 % negativ.

Mehrfachnennungen:

positiv:	37,8 %
angemessen:	30,8 %
freie Kapazitäten / Notwendigkeit:	32,6 %
Gegend unpassend:	17,2%
Fehlende Einkaufsmöglichkeiten:	15,8 %
Konfrontation mit Realität:	24,0 %

„Es ist wichtig, dass in unsere behütete Wohnumgebung auch die Realität Einzug hält. Auch ein Wohngebiet wie Harvestehude muss seinen Anteil leisten“

4. WOHNGBIETE UND FLÜCHTLINGE

Welche Wohngebiete? Status-hohe? Mittelschicht? Status-niedrige?

Kriterien:

Vorurteile /Diskriminierung

Ethnische Bedrohung

Empirischer Befunde

1. Personen, die

- arbeitslos sind,
- eine geringe Schulbildung haben
- eine wirtschaftliche Verschlechterung wahrnehmen

haben mehr Vorurteile gegenüber Minoritäten.

und

Je größer die wahrgenommene wirtschaftlich und kulturelle Bedrohung, desto stärker die Diskriminierung

4. WOHNGBIETE UND FLÜCHTLINGE

2. Verweigerungen Brookkehre, Mülheim, Köln

Vermutung: Weniger Gebildete und Skeptiker verweigern

3. Konflikte mit Deutschen, Konflikte zwischen Minoritäten verhindern

⇒ Also eher MS und OS

4. WOHNGBIETE UND FLÜCHTLINGE

Das Problem der sozial-räumlichen Integration

Theorie von Portes und Zhou: „segmented assimilation“

1. mainstream assimilation
2. downward assimilation
3. ethnic enclave

Wohin werden die anerkannten Flüchtlinge ziehen? – In *Großstädte* mit höheren Chance auf einen Arbeitsplatz und relativ vielen Landsleuten

Innerhalb der Großstädte in ...

a) „*arrival city*“- Gebiete (Saunders 2014, vgl. Friedrichs 2016), z.B. Kalk

b) Gebiete *niedriger Mieten*, z.B.

Chorweiler	7,18 €/qm	Meschenich	7,50
Stammheim	7,64	Flittard	7,71
Urbach	7,91	Godorf	8,00

(Kampmeyer 2016)

Ziel: downward assimilation der 2. Generation verhindern

5. KONTAKTCHANCEN UND INTEGRATION

Je größer die Unterkunft, desto höher die Binnenkontakte und desto geringer sind die Außenkontakte (Ausnahme: Paten)

Anwesenheit sind noch keine Kontakte, sondern bestenfalls *Kontaktchancen*

Wo entstehen Kontakte zwischen Deutschen und Migranten?

1. Familie und Freunde	76 %
2. Arbeitsplatz	71 %
3. Wohngebiet	46 %
4. Freizeit	46 %
5. Vereine	38 %

(Petermann und Schönwälder 2014: 514)

5. KONTAKTCHANCEN UND INTEGRATION

Wann haben Kontakte positive Effekte?

1. Sozialer Status. Die Kontakte finden zwischen Personen gleichen sozialen Status statt.
2. Qualität der Kontakte. Je häufiger und je intensiver die Kontakte sind, desto eher werden Vorurteile abgebaut. Es ist ein Prozess, der Zeit beansprucht.
3. Ziele. Wenn die Personen gemeinsame Ziele verfolgen, entsteht Solidarität, diese führt zu geringeren Vorurteilen.
4. Institutionelle Unterstützung. Wenn Normen wie Toleranz vorherrschen und wenn die Kontakte institutionell unterstützt oder gefördert werden, z. B. durch kommunale Programme („Willkommenskultur“).

5. KONTAKTCHANCEN UND INTEGRATION

Je höher der Anteil der Ausländer im Wohngebiet, desto geringer sind Kontakte (von Gostomski und Stich 2008) - umstritten

Je diverser die Zahl der Nationalitäten in einem Wohngebiete, desto größer ist die Toleranz.

Kontakte herstellen – aber nicht nur durch Stadtteilstefte
Kontakte im Haus?

Welches sind dann die „Chancen für das Veedel“?

- Abbau von Bedrohung und Diskriminierung
- Toleranz gegenüber der anderen Gruppe
- Kulturelles Lernen / Bereicherung

6. FOLGERUNGEN

Generell:

Wir wissen wenig! Wir können nur Forschungsergebnisse über Migranten auf die Integration der Flüchtlinge übertragen. Dabei sind die Ergebnisse zu den Gastarbeitern nur bedingt hilfreich.

6. FOLGERUNGEN

1. Kleine Einheiten
2. Eher Wohngebiete der Mittel- und Oberschicht
3. Keine downward assimilation
4. Keine einseitige Belegung in Gebäuden des sozialen Wohnungsbaus
5. Gerechte Verteilung der Flüchtlinge
6. Auf dem Weg zur Integration in das Veedel: Sprachkurse und Arbeitsplätze
7. Angebote von Vereinen
8. Hilfen für Flüchtlinge in das Programm „Lebenswerte Veedel“ einbeziehen

6. FOLGERUNGEN

Worin besteht die „Chance für das Veedel“?

Infrastruktur: Geschäfte? Restaurants?

Kulturelles Lernen?

An welche Flüchtlingsnationalitäten denken wir?

Syrer sind okay, aber Afghanen? Aber Eritreer?

Das ist alles noch unklar.

Wir können selbstverständlich die Vielzahl der Kulturen als eine Bereicherung der Stadt und der deutschen Gesellschaft ansehen.

Vielfalt ist immer nur eine Chance – sie muss in Verhalten umgesetzt werden.

NACHWORT

Wir haben mit der sozial-räumlichen Integration der Flüchtlinge noch viel mehr Aufgaben **vor** als **hinter** uns.

Dennoch sollten wir darüber – bei allen Unzulänglichkeiten – die Erfolge nicht vergessen. In den Kommunen hat es eine neue Zusammenarbeit zwischen Dezernaten gegeben, es sind den Dezernaten übergeordnete Institutionen geschaffen worden (z.B. in Hamburg zwischen den rivalisierenden Behörden für Arbeit und Inneres die „...). Zahlreiche nicht-kommunale Organisationen sind entstanden, die Wohlfahrtsverbände haben neue Programme entwickelt, Tausende Freiwillige leisten eine Arbeit, die, wenn sie angemessen bezahlt würde, einen dreistelligen Millionenbetrag ausmachte.

Deutschland kann stolz sein. Dazu brauchen wir keine AfD.

LITERATUR

Allport, G., 1954: The Nature of Prejudice. Princeton: Princeton University Press.

Aumüller, J., P. Daphi und C. Biesenkamp, 2015: Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement. Stuttgart: Robert Bosch Stiftung.

Blalock, H.M., 1967: Toward a Theory of Minority-Group Relations. New York: Wiley.

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, 2016: Drucksachen 21/4940 v. 28.6.2016, 21/5231 v. 12.7.2016.

Friedrichs, J. 2016: Arrival City und die Integration von Migranten. S. 76-85 in: P. Cachola Schmal, O. Elsner und A. Scheuermann (Hg.): Making Heimat. Germany, Arrival Country. Ostfildern: Hatje Cantz.

Friedrichs, J. und V. Schwarzenberg, 2016: Die sozial-räumliche Integration von Flüchtlingen. Das Beispiel Hamburg. Unveröff. Ms. Universität zu Köln: Institut für Soziologie und Sozialpsychologie.

Friedrichs, J., F. Leßke und V. Schwarzenberg, 2017: Einstellungen zu Flüchtlingen in einem Wohngebiet der Oberschicht. Eingereicht bei: Zeitschrift für Soziologie.

Kampmeyer, 2016: Immobilien Marktbericht Köln 2016. Köln: Kampmeyer.

Lubbers, M. Coenders und P. Scheepers, 2006: Objections to asylum seeker centres: Individual and contextual determinants of resistance to small and large centres in the Netherlands. European Sociological Review 22(3): 243-257.

Portes, A. und M. Zhou, 1993: The new second generation: Segmented assimilation and its variants. The Annals 50: 74-96.

Saunders, D. 2010: Arrival City. London: Heinemann.

Stadt Köln, 2016: Neue Kölner Statistik, 1/2016

Stadt Köln, 2016: Pegel Köln. Wohnungsbau in Köln 2015. Köln 3/2016.

Stadt Köln, 2016: Aktuelle Informationen zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. 9. Bericht an den Ausschuss Soziales und Senioren zur Sitzung am 1.9.2016.

Stadt Köln, 2016: Aktuelle Informationen zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. 12 Bericht an den Ausschuss Soziales und Senioren zur Sitzung am 26.1.2017

„Neue Modelle der Flüchtlingsunterbringung – Beispiele aus der Praxis“

Prof. Jörg Friedrich, Fakultät für Architektur und Landschaft, Leibniz Universität Hannover



ZUKUNFT: WOHNEN - MIGRATION ALS IMPULS FÜR DIE EUROPÄISCHE STADT ODER: PLÄDOYER FÜR EINE MENSCHENWÜRDIGE „ARCHITEKTUR DES ANKOMMENS“

In ihrer Heimat, in Syrien, in Mali, in Libyen, ist nichts. Woanders könnte zumindest etwas sein. Diktatur, Terror, Armut, Hunger, Krieg zwingen Menschen in ihrer Verzweiflung zur Flucht – in der Hoffnung auf ein besseres Leben. Doch die Flucht endet oft tödlich. Diejenigen, die überleben, gelangen häufig über das Mittelmeer nach Italien in den Bereich der Europäischen Union. „So zählte die europäische Grenzschutzbehörde Frontex 2014 an Italiens Küsten zwar 170.000 illegale Einwanderer, doch nur 63.000 Menschen stellten einen Asylantrag in Italien.“ (Bielicki, Jan: „Einwanderung, made in Germany“. In: Süddeutsche Zeitung Nr.98/28.04.2015; Seite 6).

Der Rest, so wird den italienischen Behörden vorgeworfen, wird unkontrolliert über die Landesgrenzen nach Norden weitergeleitet, um die Einwanderungsrestriktionen des Dublin-Abkommens von 1990 zu umgehen. Hunderttausende Asylbewerber und Flüchtlinge kommen auf diese Weise nach Deutschland. Politisch ist bislang wenig gelöst. Deshalb müssen wir – jeder Einzelne – uns fragen, wie wir mit diesen Menschen umgehen wollen, die den Tod in Kauf genommen haben, einzig hoffend, lebendig nach Europa zu gelangen und nun in Deutschland angekommen sind.

In Deutschland, einer der reichsten Industrienationen der Welt, scheint im Umgang mit ein paar hunderttausend Flüchtlingen das Wissen um die großartige Kultur der europäischen Stadt als erfolgreiches städtebauliches und architektonisches Integrations- und Überlebensmodell für sehr unterschiedliche Bevölkerungsgruppen weitestgehend vergessen worden zu sein. Die Angst vor einer neuen Völkerwanderung wird politisch geschürt. Schaut man sich die realen Zahlen für Deutschland von 2015 genauer an, stellt man fest, dass die relativ geringen Einwanderungszahlen zurzeit noch gar keine Bedrohung darstellen können.

Flüchtlingsarchitektur: Wiederbelebung einer alten Architekturaufgabe für die europäische Stadt

Raus in die Peripherie, hinein in alte Kasernen, abschieben in „gated communities“ am Stadtrand: In Container-agglomerationen, lieblos aufeinandergestapelt, umgeben von Stacheldrahtzäunen, werden die Flüchtlinge aus den verschiedensten Ländern zusammengepfercht und „zwischengelagert“ in den Außenbereichen der Städte. Sie werden vor Übergriffen geschützt, deshalb sind die Lager umzäunt. Sie werden nicht ernsthaft für das Bleiben nach ihrer dramatischen Ankunft vorbereitet. Von der uralten Gastfreundschaft dem Fremden gegenüber ist im Umgang Deutschlands mit den ankommenden Flüchtlingen wenig zu spüren.

Tausende von Frauen, Männern und Kindern werden in den blechernen, kaum schallgedämmten Containern der Massenunterkünfte untergebracht; mit dem Nachweis, dass die behördlich verordnete Wohnfläche von sieben Quadratmeter pro Flüchtling eingehalten wird, ist das schlechte Politikergewissen schnell beruhigt. Diese umzäunten Lebenskäfige ohne jegliche Privatheit sind kaum geeignet, den völlig unterschiedlichen sozialen, ethnischen oder religiösen Bedürfnissen der höchst komplexen Bewohnermischungen aus dem Osten Europas, aus den Kriegsgebieten in Nahost, aus Afrika, aus Asien auch nur andeutungsweise gerecht zu werden.

Im Gegenteil: Die Blechkistenarchitektur fördert Aggression, Gewalt, Abgrenzung statt Integration. Zu groß sind die Unterschiede im täglichen Leben, als dass die Einhaltung der behördlich vorgesehenen Lebensfläche bereits ausreichend einen humanen, sozialen, religiösen, politischen gemeinsamen Alltagskontext definieren könnte. Dies jedoch gehört zur unabdingbaren Voraussetzung des Lebens in der europäischen Stadt nach der Aufklärung: Alle Bürger sollen individuell leben dürfen innerhalb einer großen urbanen Gemeinschaft zum Wohle des Ganzen, in der Stadtgesellschaft, die sie alle gemeinsam repräsentieren kann – weil sie es will.

Warum helfen wir den Flüchtlingen überhaupt in Europa, fragen sich viele. Warum machen wir nicht unsere Grenzen dicht? Unterbinden wir damit nicht auch gleich eine hoch-kriminelle Schlepperindustrie? Warum fließen die Milliardensummen, welche die Europäer, die reichen arabischen Staaten am Golf, die USA, Israel, Ägypten, um nur einige zu nennen, bereitstellen, nicht in bauliche Hilfe vor Ort, um die Probleme am Ort ihrer Entstehung zu lösen? Könnten wir damit nicht viel besser zukünftige Völkerwanderungen von Millionen von Flüchtlingen nach Europa verhindern?

Natürlich: Es ist einfach festzustellen, dass in Afrika, in Asien, in Nahost, in Osteuropa die Politik versagt hat. Die Flüchtlingsströme und die Siedlungsproblematik haben wir dennoch, und wir werden sie die nächsten 100 Jahre in Europa erleben – mit dramatisch ansteigender Tendenz. Städtebauer, Landschaftsplaner und Architekten, genauso wie Ärzte, Juristen, Lehrer oder Theaterleute, Künstler oder Musiker, um nur einige zu nennen, müssen sich mit den über die Kontinente irrenden Menschen auseinandersetzen. Die Flüchtlinge sind kein Problem der Politik, sie gehen uns alle an.

Konflikte, Aggressionen, Unvereinbarkeiten der in den Flüchtlingsarchitekturen willkürlich zusammengewürfelten Bewohner werden, wenn sie überhaupt über die Stacheldrähte nach draußen dringen, gerne politisch als Begründung genommen, um Abschottungsarchitektur und schnelle Abschiebung zu rechtfertigen. Der Fremde, ein zwischengelagertes, vorübergehendes Problem, immer störend, nie bereichernd, ein Aussätziger?

Bilder davon sollen möglichst wenig in die Öffentlichkeit gelangen. Unterstützt wird diese politische Strategie des „Unsichtbarmachens“ von der latenten Ausländerfeindlichkeit eines nicht unerheblichen Teils der Bevölkerung. Das politisch bevorzugte „Wegschließen“ der Flüchtlinge scheint das allgemein verbreitete „Wegschauen“ vieler Einheimischer gut zu ergänzen.

Die vorliegende Publikation eröffnet deshalb mit ausschnitthaften, unkommentierten Blicken auf Flüchtlingsunterkünfte im Stadtgebiet von Hannover, die stellvertretend sind für ähnliche Situationen in vielen anderen deutschen Städten.

Die Fotostrecke aus Hannover dokumentiert den momentanen Stand einer trostlosen Unfähigkeit kommunalen Bauens und Helfens. Alles mag hygienisch sein, hat Strom und Wasser, ist möglicherweise sogar funktional sinnvoll. Die Abwesenheit jeglichen städtischen oder architektonischen Denkens jedoch erzeugt im Ergebnis lediglich „Nicht-Orte“ im Sinne von Marc Augé; damit schaffen wir den Fremden keine neue Heimat.

Dabei müssen wir gewärtig sein: Das Flüchtlingsproblem wird eines der großen Probleme der europäischen Stadt für die nächsten Jahrzehnte darstellen. Der wachsende Zustrom von 300.000 bis 500.000 Asylbewerbern pro Jahr nach Deutschland ¹ wird Stadtentwicklung, Stadtplanung und Architektur möglicherweise in ähnlicher Weise prägen, wie die Industrialisierung die Stadt im 19. Jahrhundert umgeformt hat. Welche Ziele und Lösungsmodelle können Planer der Politik als Entscheidungsgrundlagen anbieten?

Das Recht auf eine menschenwürdige Architektur

Es gibt in der europäischen Architekturgeschichte nicht nur die Repräsentationsarchitektur. Einfachste Architekturen sichern das Wohnen und Überleben für Millionen von Menschen in der europäischen Stadt seit Jahrhunderten. Immer auf das Notwendigste beschränkt, entfalteten diese Bauten im städtischen Zusammenhang dennoch eine architektonische Würde. In dieser Hinsicht könnte bereits seit dem Mittelalter die wachsende europäische Stadt als Vorform einer „Refugees Arrival City“ interpretiert werden. Über die beinahe modern anmutende Kargheit hinaus ist sie in ihrer materialen Intelligenz immer ortsbezogen, in ihrer urbanistischen Kreativität zukunfts offen.

Seit Jahrhunderten manifestiert sich in allen architektonischen Konzepten und Erscheinungsbildern über das kollektive Erscheinungsbild der Stadt die Wertschätzung ihrer Bewohner. Architekturkonzepte sorgen oft für die menschenwürdige Unterbringung und Integration neuer Bevölkerungsschichten: Architektur ist geforderter Teil dieses Stadtprogramms. Viele dieser einfachsten Architekturen sind später Denkmäler oder Weltkulturerbe geworden (so zum Beispiel die Fuggersiedlung in Augsburg, das Französische Quartier in Potsdam oder die Ghettos in Rom und Venedig, die, obwohl sie architektonisch weniger der Integration, sondern eher der Abgrenzung dienten, städtebaulich bereits im Zentrum der Städte eingeordnet wurden).



Die Architekturen der Flüchtlingsunterkünfte von 2015 bis 2050 könnten sich von dieser Geschichte inspirieren lassen. Wieso heutzutage die Architektur für Flüchtlinge nur Schrott aus Blech sein muss, die Umwelt verschandeln und keine Zukunft haben soll, ist unverständlich. Architektur für Flüchtlinge zu entwerfen heißt Umsetzungsmodelle zu entwickeln für eine menschenwürdige Unterbringung von Hunderttausenden von Menschen und für die Entwicklung einer Stadtkultur. Architektonisch und städtebaulich bietet das Flüchtlingsproblem die Chance, über neue Architekturansätze ein Konzept für ein neues Zukunftsbild für die Stadt zu entwickeln.

Neue Modelle müssen her: Der Markt für Blechcontainer ist in Deutschland für 2015 ohnehin restlos leergefegt. Absurd: Neue Container sind pro Quadratmeter BGF in Deutschland bereits oft teurer als Eigentumswohnungen in guten Innen-stadtlagen. Dennoch wird viel Geld in diese unsinnigen Containeranlagen zur temporären Unterbringung von Fremden gepumpt, um diese angeblich schneller schützen zu können. Das muss nicht sein.

Beispiel Region Hannover: ein Modellversuch zur Flüchtlingsarchitektur, übertragbar auf viele andere deutsche Regionen

Die Hannover ministeriell zugeteilte Unterbringungsquote von 2500 Flüchtlingen für 2015 stellt überhaupt kein Problem dar – das ist die Arbeitshypothese für die Entwurfskonzepte eines Forschungsprojektes für neue Flüchtlingsunterkünfte in dieser Publikation. Hannover ist eine typische größere Stadt in Deutschland, stark zerstört im Zweiten Weltkrieg, wiederaufgebaut in den 60er und 70er Jahren des letzten Jahrhunderts: eine moderne „Stadt ohne Eigenschaften“. Sie ist weder besonders ausländerfreundlich noch -feindlich, ganz so wie viele andere deutsche Städte auch.

Deshalb haben die Herausgeber diese Stadt zum Ausgangspunkt für Überlegungen zur Entwicklung neuer architektonischer Strategien zur Flüchtlingsunterbringung gemacht. Die Erkenntnisse aus den Studien und Entwürfen für Hannover von Architekturstudierenden und Architekten im Rahmen eines Forschungs- und Entwurfsexperimentes 2014 bis 2015 an der Leibniz-Universität Hannover zeigen exemplarisch, dass 2015 – im Zusammenwirken von unterschiedlichsten Architekturkonzepten – tatsächlich schnell und problemlos 2500 Menschen untergebracht werden könnten. Damit nicht genug: Die Ergebnisse aus Hannover sind strukturell übertragbar auf viele andere deutschen Städte.

Was sind die Erkenntnisse aus den Entwurfs- und Forschungsseminaren?

Vorhandene Ressourcen ausschöpfen: Hotelbetten statt Containerdörfer

Die Stadtverwaltung von Hannover muss 2015 2500 Flüchtlinge aufnehmen. In einem Radius von zwanzig Kilometern um das Messegelände gibt es 10 000 Hotelbetten; als Ergänzung zu dem Hotelangebot werden zu Messezeiten zusätzlich 25 000 Betten in privaten Unterkünften angeboten. Auch im Vergleich zu 25 000 unterzubringenden Studenten dürften 2500 Flüchtlinge mehr oder weniger daher kein großes Problem für die Stadt darstellen (Quelle: www.meine-infa.de, 2015).

Es gibt diese Hotelkonzeptionen bereits. In Augsburg zum Beispiel mischen sich Hotelgäste mit Asylbewerbern. In Wien gibt es Seniorenheime, dort leben alte, kranke Einheimische zusammen mit jungen Fremden. Diese Modelle zeigen unkonventionelle neue Wege auf und helfen gleichzeitig, vorhandene Raumressourcen intelligent neu zu nutzen. Warum nicht auch in Hannover, in anderen deutschen Städten? Vermietungen von Zimmern in Wohnungen von Privatpersonen könnten einen weiteren Lösungsansatz darstellen. Der dazu erforderliche Mut wäre in der Bevölkerung sicher größer, wenn er vielleicht auch belohnt werden würde.

Merkwürdig: In Politik und Verwaltung ist die Überraschung groß über die ankommenden Fremden. Keiner scheint etwas gewusst zu haben. Keiner ist vorbereitet. Eine Welle von 2500 Fremden scheint Städte wie Hannover, Köln oder Hamburg unrettbar zu überschwemmen. Gleichzeitig befürchten Städte Imageschäden, wenn ihre wenig überzeugenden Lösungsmodelle publik gemacht werden: 2500 Hotelbetten oder Privatbetten bräuchten nur angemietet zu werden für sechs bis zwölf Monate, damit ist das Problem erst einmal kurzfristig gelöst. Was ist daran so schwierig?

Flüchtlingswohnen inmitten der Stadt, nicht draußen in der Peripherie

Warum sollte es Flüchtlingen anders ergehen als den Hannoveranern? Die meisten Einwohner Hannovers wohnen lieber zentrumsnah, bevorzugt in den schönen Gründerzeitvierteln, als in der fernen Peripherie am unwirtlichen Rand der Großstadt. Deshalb ist die Suche nach innerstädtischen Standorten bedeutsam für die zukünftige Entwicklung von Flüchtlingsarchitekturen. Leicht kollidiert sie mit handfesten wirtschaftlichen Interessen der Wohnungs- und Bürobauinvestoren; daher konzentrieren sich die Vorschläge in diesem Buch auf unbeachtete oder vergessene Orte, die aufgewertet werden können, „lost places“ im Zentrum der Stadt.

Architektur der Gemeinsamkeit, nicht Architektur der Isolation

Bei vielen Einheimischen stößt die Idee, mit den neu hinzukommenden Fremden an durchmischten Standorten zusammenzuleben, oft zunächst auf Angst und löst Ausgrenzungsreflexe aus. Doch im Bereich überschaubarer Unterbringungssituationen, beim gemeinsamen Arbeiten und Lernen, bei Sport und Freizeit, bei kulturellen Aktivitäten gehen Inländer und Ausländer leichter aufeinander zu. Erfahrungen aus Schule und Universität, aus gegenseitigem Lehren und Lernen, aus der bildenden Kunst, aus Tanz, Theater, Musik zeigen, wie schnell mit Bürgerengagement Integration und Gemeinsamkeit realisiert werden kann. (Huck, Ella und Reinicke, Dorithea (Hrsg.): Masters of Paradise: Der transnationale Kosmos Hajusom - Theater aus der Zukunft; Berlin 2014)

Die im Seminar entwickelten komplexen Architekturmodelle für das gemeinsame, durchmischte Wohnen in der Stadt können dabei helfen, ankommende Flüchtlinge schneller in eine gemeinsame städtische Lebenswelt zu integrieren.

Architektur und Planung als Konfliktvermeidungsstrategie

Die in Deutschland ankommenden Flüchtlinge entstammen ganz unterschiedlichen kulturellen Hintergründen. Daher bilden politische und religiöse Gegensätze neben der Angst vor Verfolgung und vor den neuen Lebenszusammenhängen bei auf engstem Raum in Lagern zusammengepferchten Gruppen ein großes Konfliktpotenzial. Durch geschickt geplante Wohnungsbelegungspolitik lassen sich solche Konflikte bereits im Ansatz vermeiden. Soziologen, Religionswissenschaftler, Psychologen und Konfliktforscher können hier Handlungsmuster für Verwaltungsentscheidungen vordenken. So wie sich ein Lehrer aus Hannover sein Wohnumfeld genauestens aussucht, bevor er mietet, sollten auch zukünftige Stadtquartiere für Flüchtlinge unterschiedlicher Herkunft wählbar sein. Sorgfältige Planung des sozialen und baulichen Umfeldes im Stadtzusammenhang hilft, spätere Konflikte zu vermeiden.

Die „kleine zentrumsnahe Wohneinheit“ schafft Gemeinschaft

Es ist erstaunlich, wie wenig in der Flüchtlingsarchitektur bislang einfachste Erkenntnisse aus dem Wohnungsbau Beachtung gefunden haben. Die Wohneinheiten für Flüchtlinge sollten durchaus größenbeschränkt werden. Gezeigt hat sich in vergleichbaren Flüchtlingscamps in Hamburg, dass Einheiten mit bis zu 50 Bewohnern erheblich konfliktfreier zu bewohnen sind als alle darüber hinausgehenden größeren Einheiten. Die „kleine zentrumsnahe Wohneinheit“ mit knapp 50 Personen (diese Größe entspricht der Bewohnerzahl eines sehr beliebten urbanen Wohntyps: des fünfgeschossigen Zweispanners mit Dachgeschoss aus der Jahrhundertwende in der Nordstadt von Hannover) ermöglicht die überschaubare, maßstäbliche Integration der Flüchtlinge in bestehende Stadt-, Raum- und Sozialstrukturen im Unterschied zur Ausgrenzung in großen, abgeschlossenen Massenlagern am Rande der Stadt. Eine Erkenntnis, die nicht verwundert.

Innovation als Prinzip – neue Formen des Zusammenwohnens

Das Wohnen auf Zeit ist eine neue Wohnform, die dem modernen Großstadtnomaden entgegenkommt. Weltweit reagiert der Markt in den Metropolen auf die große Nachfrage nach Kleinstwohnungseigentum im Zentrum mit neuen Bautypologien von flexiblen, wandelbaren Miniwohnungen. Strukturell ist die Situation von Flüchtlingen derjenigen dieser „Nomaden“ nicht unähnlich. Was wäre, wenn die Investoren dieser neuen Miniwohnungen verpflichtet würden, zum schnelleren Erlangen der Baugenehmigung eine Zeitlang diese Typologien den bedrohten Flüchtlingen und den neuen Eigentümern gemeinsam zur Verfügung zu stellen?

Ökonomisch wäre ein solcherart anpassungsfähigeres Architektur- und Nutzungskonzept sinnvoll. Denn: Hier begegnen sich zwei sehr unterschiedliche Bewohnergruppen in der Stadt; beide sind aufgrund ihrer stark schwankenden Präsenz auf innovative, unkonventionelle Architekturkonzepte angewiesen. Innovation im Wohnen auf kleinstem städtischem Raum und die geschickte Mischung von neuen Wohnkonzepten ist gefragter denn je; steuern kann das eine clevere Stadt- und Architekturplanung. Neben dem Wohnen auf Zeit eröffnen neue Beteiligungsmodelle Möglichkeiten der Integration.

Zwischennutzungen, mobiles Wohnen auf Zeit, Verdichtung und Umnutzung innerstädtischer Verkehrsbauten, die Suche nach neuen Wohnstandorten auf innerstädtischen Wasserflächen oder das Füllen von „unbebaubaren“ innerstädtischen Baulücken öffnen den Blick auf neue architektonische Lösungsansätze.

Öffentliche Bauten aus der Nachkriegsmoderne

Ein großer Teil der öffentlichen Bauten aus der Nachkriegsmoderne nicht nur in der Innenstadt Hannovers hat riesige Flachdachressourcen. Diese Flachdächer sind allesamt erschlossen mit Treppenhäusern. Sie können leicht mit einfachen Bautypologien aufgestockt, erweitert oder verdichtet werden. Im Rahmen der Verdichtung finden gleichzeitig Dachsanierungen und energetische Ertüchtigungen statt, sodass ohnehin fällige bauliche Maßnahmen beim Umbau der Dächer zu neuen Dachwohnstandorten als Synergieeffekt wirksam umgesetzt werden können.

Im Hochschulbau können neue Formen der Gemeinsamkeit in der Zusammenführung von Wohnen und Arbeiten für Studenten und Asylanten getestet werden. Vorhandene Universitätsgebäude in Hannover können mit Mischnutzungen von studentischen Arbeitsplätzen und Wohnungen für gleichaltrige Flüchtlinge aufgestockt werden, um über gemeinsames Studieren und gemeinsames Studentenwohnen eine Integration der Neuankömmlinge zu erleichtern.



Die soziale Utopie der Nachkriegsmoderne wird mit in ihren eigenen Bauten implantierten Flüchtlingsunterkünften späte Realität. Leerstehende Gebäude oder ungenutzte Denkmäler, etwa die spektakuläre Ruine des niederländischen Pavillons auf dem Expogelände in Hannover, könnten ebenso erhalten werden, indem sie zu Wohnhäusern umgenutzt und in diesem Zug saniert werden.

Verstetigung oder Durchgangslager?

Die Architektur der Unterkünfte sollte sich nicht beschränken auf eine interimistische Gegenwart. Einige Entwürfe antizipieren eine stabile Zukunft in der Stadt für die Flüchtlinge. Die Verstetigung ihres Aufenthaltes sollte mit Hilfe der architektonischen Konzepte genauso selbstverständlich werden wie die allmähliche integrative Nutzungsmischung als Voraussetzung für ganz andere, neue Wohn- und Lebensformen. Neue Stadt- und stabile Architektur-modelle zielen auf das wechselnde Zusammenspiel zwischen Einheimischen und Ankommenden und die allmähliche, langfristige Integration.

Einige der hier vorgestellten Entwurfskonzepte vertiefen diesen Aspekt: Warum soll man nicht in der Beispielstadt Hannover neue Wohnungen, Studentenwohnheime, Seniorenwohnheime etc. bauen und dabei in der neuen Quartiersarchitektur immer zehn bis fünfzehn Prozent Flüchtlingswohnungen integrieren? Hier gilt der Grundsatz: Neue Wohngruppen für Flüchtlinge werden gemischt mit anderen Wohnformen, sei es im Geschossbau durch vertikale Schichtung und Mischung oder durch horizontale Reihung bei Stadthaustypologien. Eine neue Förderpolitik könnte die Erstellung von Flüchtlingswohnungen und die Mischung mit konventionellen Wohnungsbauprogrammen begünstigen.

Tabubruch

Der Schrebergarten wird zum Wohnort. Einzelne Baumodule für Flüchtlinge werden innerstädtischen Kleingartenflächen hinzugefügt. Es könnten ungeahnte neue Plattformen menschlicher Kommunikation und neue Formen des Zusammenlebens entstehen. Das Wohnen müsste allerdings zeitweise erlaubt werden in den Gartengemeinschaften, das ist die Voraussetzung.

Neue Materialität : Holzbau statt Blechkisten

Die Montagebauweise und die Notwendigkeit, rasch neuen Wohnraum zu schaffen, eröffnen ungeahnte neue Möglichkeiten für lange wenig beachtete Materialien und Konstruktionsmethoden im Wohnungsbau: Aufgrund des hohen industriellen Vorfertigungsgrads beim Holz- und/oder Stahlskelettbau mit ausgefachten Holzelementen lässt sich schnell bauen. Die schwierigen thermischen und akustischen Probleme, die die üblichen Blechcontainer aufwerfen, ließen sich mit Holzbauten leicht umgehen; zudem bietet die angenehme Haptik dieses Baustoffes eine Alternative zu den abstoßenden Blechwohnwelten – eine bewohnbare, addierbare, stapelbare, vor allem schnell zu errichtende, umweltfreundliche und dazu noch würdige „Architektur des Ankommens“ schafft den Neuanfang über die Architektur.

Neuanfang über die Architektur und Städtebau

Architekten und Städtebauer, Planer, Investoren und Baufirmen, Planungsbehörden und Fördergeber – um nur einige der Akteure zu nennen – müssen sich stärker – einmischen, um Wege aufzuzeigen, wie wir mit dem angeblich nicht zu bewältigenden Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland umgehen können. Die Geschichte der Bundesrepublik hat nach dem zweiten Weltkrieg bereit über sieben Millionen Flüchtlinge erfolgreich in neuen Wohnungen und Siedlungen untergebracht; gut und erfolgreich waren jeweils diejenigen Architekturen und Siedlungen, die auf Langfristigkeit angelegt waren und die innerhalb ihrer Strukturen noch genügend Raum für zukünftige Veränderungen belassen haben.

Einfach – Wohnen plus- Bleiben

Einfach bleiben in Materialität und Baukonstruktion muss nicht billig und banal sein; gesucht wird ein Bild einer würdigen Architektur zu ökonomischen Bedingungen. Hier sind die Architekten in ihrem Ideenreichtum gefordert. Es gibt sehr gute Lösungen.

Wohnen plus ist das Verständnis für einen Wohnungsbau, der mehr kann als nur Menschen mit einer Hülle zu umhüllen. **Wohnen plus** heißt , zum Wohnen zusätzliche Arbeitsstätten, Handel und soziale Infrastruktur, kulturelle und bildungsorientierte Nutzungen den neuen Wohngebieten von Anfang an beizustellen und dies auch in den neu zu entwickelnden oder verdichteten Wohnarealen der Zukunft für unsere ausländischen Zuwanderer. Das würdige Wohnen an der Armutsgrenze kann durchaus mit Qualität erreicht werden über neue Fördermodelle und über das Wiederaufleben des sozialen Wohnungsbaus.



Die Planer können der Politik Lösungen anbieten für die menschenwürdige Unterbringung dieser Menschen, das konnte in den gezeigten Beispielen gut nachgewiesen werden. Diese Beispiele müssen jedoch auch baulich umgesetzt werden. Ziel ist es, ein langfristiges, nachhaltiges Wohnungs-, Architektur- und Siedlungskonzept zu entwickeln und zu fördern, um Provisorien oder Containerdörfer in unseren Stadtquartieren endlich zum Verschwinden zu bringen.

bleiben sollen die neuen Mitbürger in diesen auf lange Zeit hin angelegten, jedoch im Innenbereich veränderbar ausgerichteten Wohnsiedlungen und Architekturen. Architekturen sollen Integration erleichtern. Insgesamt geht es nicht nur um die (wenigen) Flüchtlinge, die untergebracht werden müssen, sondern erst recht um die Millionen Arbeitslosen und Obdachlosen; Hartz Vier Empfänger- eben um die Menschen, die an der Armutsgrenze leben und ebenfalls untergebracht werden wollen. Es gibt ein Grundrecht auf menschenwürdige Architektur und Baukultur, dieses muss für alle Menschen gelten, für arme Bürger dieses Landes ebenso wie für Flüchtlinge aus der Fremde. Ein Umdenken in Bezug auf die Flüchtlingsunterbringung mittels der Ausweitung der Wohnungsfrage auf Millionen andere Bedürftige in der Bundesrepublik könnten diesen sozialen und humanistischen Wandel in der bundesrepublikanischen Wohn- und Baukultur ihr architektonisches Gesicht verleihen.

Die zügige Umsetzung aller dieser überzeugenden Modelle ist gefordert. Dazu will der Vortrag ermutigen. Die Architektur kann erfolgreich Wege aufzeichnen, wie „wachsende Häuser“ sich anpassen können an sich verändernde Lebens- und Wohnverhältnisse einer allmählich zusammenwachsenden Bevölkerung aus Emigranten und Einheimischen. Für den Aufbau einer gemeinsamen Zukunft.

Literaturempfehlung:



Zukunft: Wohnen Migration als Impuls für die kooperative Stadt

Jörg Friedrich / Peter Haslinger / Simon Takasaki / Valentina Forsch (Hg.)

Hardcover 17 x 24 cm, 320 Seiten, mit ca. 200 farb. Abb. und Plänen
Deutsch, ISBN 978-3-86859-451-502.201732.00€

Die gegenwärtigen Migrationsbewegungen aufgrund von Kriegen, Verfolgung, Hunger und Gewalt stellen alle europäischen Städte vor enorme Herausforderungen. In der Diskussion darüber ist auch in Deutschland die Wohnraumfrage in den Fokus von Politikern, Stadtplanern und Architekten zurückgekehrt. Die anfängliche Überforderung aller Akteure ist mittlerweile einer kreativen und innovativen Architekturdebatte über das Wohnen gewichen. So sind in den letzten Jahren architektonische Konzepte und Projekte entstanden, die der Frage nach einem Grundbedürfnis des Menschen, dem Wohnen, auf vielfältige Weise nachspüren und einen Diskurs über den Wohnungsbau der Zukunft in Gang gesetzt haben. Längst geht es nicht mehr um die temporäre Unterbringung von unmittelbar Bedürftigen, sondern vor allem um eine sozial verträgliche integrative und kooperative Stadt.

Zukunft: Wohnen – Migration als Impuls für die kooperative Stadt ist die Fortsetzung des erfolgreichen Buches *Refugees Welcome – Konzepte für eine menschenwürdige Architektur*.

Weitere Informationen unter:

www.jovis.de/de/buecher/product/zukunft_wohnen.html

Die Podiumsdiskussion
Pfarrer Jost Mazuch, Maria Fichte, Beigeordneter Dr. Harald Rau, Anna Lena Schattenhofer
Moderation: Thomas Laue





**Moderator
Thomas Laue im
Gespräch mit
Anna Lena
Schattenhofer,
Community Reporter**

**„Wir brauchen
einfache Sprache, um
alle Menschen zu
erreichen.“**



**Links im Bild:
Dr. Harald Rau,
Beigeordneter für
Soziales,
Integration und
Umwelt der Stadt Köln**

**„Wir haben schon viel
geschafft, aber es ist
noch ein Weg.“**



**Links im Bild:
Pfarrer Jost Mazuch,
Sprecher Runder Tisch
für Flüchtlingsfragen**

**„Provisorium ist
Normalität.“**



**Links im Bild:
Maria Fichte,
Sozialraum-
kordinatorin der
Christlichen
Sozialhilfe Köln e.V.**

**„Geflüchtete werden
unsere Nachbarn – es
geht uns alle an.“**



Nach einer kurzen Vorstellungsrunde eröffnet Thomas Laue die Podiumsdiskussion und bittet Herrn Pfarrer Jost Mazuch um einen Realitätsabgleich zu den bisherigen Inputs mit den Schwerpunkten „Analyse“ (Prof. Dr. Friedrichs) und „Planungsutopie“ (Prof. Friedrich).

Pfarrer Mazuch zeichnet als Status Quo das Bild von mehr als 5.000 Flüchtlingen, die in Massenunterkünften (Turnhallen, Baumärkten etc.) leben, welche eigentlich nicht für Wohnzwecke gedacht seien. Er betont, dass Provisorien kein Wohnen & Leben bieten – und dennoch hätten sie sich verstetigt und seien Normalität geworden.

Pfarrer Jost Mazuch

„Provisorium ist Normalität“

Vier- Säulen-Konzept

Pfarrer Mazuch räumt ein, dass die Stadt Köln ohne Frage gute Absichten zeige, aber die Realität sehr belastend sei. Das angedachte Vier- Säulen-Konzept (1. Massenunterkunft , 2. Provisorium, 3. Temporäre Unterbringung in Wohnraum, 4. Eigene Wohnung) zur schrittweisen Verbesserung der Wohnsituation konnte nach seiner Einschätzung noch nicht umgesetzt werden. Das Hauptproblem stelle die vierte Säule dar. Im Vordergrund stünden somit eindeutig die Notwendigkeit von Neubaumaßnahmen – und dort hake es sowohl bei der Quantität als auch bei der Qualität.

Projekt Auszugsmanagement

Pfarrer Mazuch bezieht sich anschließend auf das Projekt „Auszugsmanagement“, das vor einigen Jahren vom Runden Tisch erfolgreich auf den Weg gebracht wurde, von Pfarrer Mazuch aber als wenig erfolgreich bezeichnet wird. Wenn man überlege, wie viele Jahre man benötigt habe, um ca. 1.000 Menschen in Wohnraum zu bringen, so Mazuch, dann könne man nur erahnen, wie lange man noch für die 5.000 verbleibenden Flüchtlinge benötigen werde. Einen Leichtbau als Alternative zur Unterbringung in einer Turnhalle hält er für den falschen Weg, denn Leichtbauhallen seien noch immer Massenunterkünfte. Neubauvorhaben stünden bürokratische Hemmnisse im Weg. Nach seiner Ansicht mangle es an Baugenehmigungen, da Ämter sich über die Grundstücke uneinig seien und die Realisierung lange Wege in Anspruch nehme. Aus diesem Grund könne man den Anregungen des Vortrags „Planungsutopie“ zur menschenwürdigen Unterbringung fernab von Grundstücken nur wohlwollend entgegenschauen.



Ungerechte Verteilung

Darüber hinaus, so Mazuch, zeige der Blick auf die gesamte Stadt eine ungerechte Verteilung übers Stadtgebiet (Dauerthema). So gebe es Stadtteile mit vielen und manche ohne Flüchtlingsunterkünfte. Vermeintlich gebe es dort keine relevanten Grundstücke. Er betont, dass dabei keinesfalls eine böse Absicht zu unterstellen sei. Er nennt das Beispiel Sülz, wo es zwar ein passendes Grundstück gab, jedoch habe die Bürokratie die adäquate Umsetzung verhindert (3 Jahre zwischen „hier ist ein Grundstück“ und Aufstellung der Container). Pfarrer Mazuch stellt fest, dass es in den begüterten Stadtteilen deutlich langsamer als in z.B. in Mülheim gehe.

Maria Fichte:

„Geflüchtete werden unsere Nachbarn – es geht uns ALLE an

Frau Fichte greift das Beispiel Mülheim-Nord / Keupstraße auf, wo mehrere Massenunterkünfte existieren und versucht werde, Menschen in Wohnungen zu bringen. Als Sozialraumkoordinatorin agiere man immer im Interesse des gesamten Stadtteils – es sei ein Stadtteil, in dem sowieso viele Menschen mit Migrationshintergrund leben – das Thema beschäftige also den gesamten Stadtteil - und noch viel mehr : die Flüchtlinge werden unsere Nachbarn und unsere Kollegen und deswegen, so Frau Fichte, müsse der Flüchtlingsgipfel eigentlich „Kölner Gipfel“ heißen, denn das Thema Flüchtlinge gehe ALLE an.

Frau Fichte erklärt, es gebe in Mülheim Nord insgesamt neun Unterkünfte – zu den 15.000 Bewohnerinnen und Bewohnern kämen also 1.300 geflüchtete Menschen. Gestartet wurde die Betreuung mit 150 engagierten Ehrenamtlern – heute gäbe es noch 80. Sie betont, dass es allerdings viele aktive Hauptamtler gäbe und die Stadt Köln (Amt für Wohnungswesen) sowie die Wohlfahrtsverbände einen guten Job machen.

Vernetzung

Man habe versucht, so Frau Fichte, eine Vernetzung unter allen hinzubekommen und dies sei eine Herausforderung. Vor Ort in den Unterkünften sei immer das Amt für Wohnungswesen und die Wohlfahrtsverbände, die das betreuen. Die Idee sei, dass es pro Unterkunft Sprachkurse, Freizeitangebote und alles gebe, was man zum täglichen Leben braucht – neben der individuellen Beratung, die zum sicheren Aufenthaltsstatus führe.

„Auch das Ehrenamt braucht Unterstützung“

Frau Fichte plädiert dafür, dass nicht nur Flüchtlinge Unterstützung benötigen, sondern auch das Ehrenamt – es werde in diesem Thema Unterstützung auf allen Ebenen benötigt. Mülheim sei kein luftleerer Raum, sondern verfüge über ein heterogenes Stadtbild, aber auch über Armut. Auf die Frage, ob es durch den Zuzug der Flüchtlinge Änderungen im sozialen Gefüge gegeben habe antwortet sie mit der Gegenfrage, was man ganz grundsätzlich unter einem sozialen Gefüge verstehe. In Mülheim träfen Flüchtlinge auf ein großartiges Netz an sozialen Trägern, Ideen und Ehrenamt, wo sie sich leicht andocken können – es gebe zum Beispiel den Kulturbunker, der den Cafébetrieb für alle öffne. Dieses Café werde über die Flüchtlingshilfe gefördert, damit es funktioniert – es solle aber ein Café für alle werden.

Frau Fichte identifiziert als Nachteil, dass der soziale Status vieler Menschen, die in Mülheim leben, definitiv anders als in vielen anderen Stadtteilen sei – neben den Flüchtlingen leben hier beispielsweise viele Bulgaren. Hierdurch fände oft kein richtiger Austausch mit der deutschen Gesellschaft statt.

„Mülheim hat eine Kultur des Heterogenen“

Dieser Umstand könnte vermuten lassen, dass die Schmerzgrenze bei denen, die schon da sind, in Mülheim bereits erreicht sei – das sei aber laut Frau Fichte keineswegs so: Sie empfindet Mülheim als einen besonderen Standort, der schon immer multi-kulti gewesen sei – und dort spüre man immer die Kultur des Bunten /Heterogenen – die möge man sehr. Als Beispiel nennt sie, dass es nach einem Anschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft aus der rechten Ecke sofort eine Solidaritätsdemo mit 400 Leuten auf dem Wiener Platz gab.



An dieser Stelle wendet sich Herr Laue an Anna Lena Schattenhofer, um den Fokus auf die Vorstellung einer weiteren Unterstützungsstruktur – nämlich auf das Projekt Community Reporter - zu rücken

Anna Lena Schattenhofer

„Ich bin kein Freund des Wortes ´Grenze´“

Frau Schattenhofer erklärt, dass es beim Community Reporting - einem Projekt, das ursprünglich aus England stammt - im Wesentlichen darum gehe, Geschichten zu erzählen: von eigenen Erfahrungen, Erlebnissen und Themen, die einen bewegen, in eigenen Worten und Medien. Dies können Videos, geschriebene Artikel, Fotos oder Audioaufnahmen sein, die man dann auf der Community Reporter Webseite mit anderen teilen könne. Durch die Unterstützung der Stadt Köln (Amt für Weiterbildung) werden Kölner Bürgerinnen und Bürger, aber auch Flüchtlinge und Einwanderer kostenlos zu Reportern ausgebildet.

Frau Schattenhofer betont, dass sie das Wort „Grenze“ grundsätzlich ungern verwende – Köln sei grundsätzlich eine offene Stadt – die Herausforderung sei in der Tat, dass man den zweiten Schritt mache – den Schritt über die Betreuung hinaus – damit dann wirklich Freundschaften entstehen und Flüchtlinge nicht nur zu Nachbarn, sondern auch zu Freunden und Vertrauten werden könnten. So finde Integration statt. Diesen zweiten Schritt versuchen, laut Frau Schattenhofer, auch die Community Reporter zu machen – es werde mehr angeboten als die Workshops – es gebe regelmäßige Stammtischtreffen, man sei ein Netzwerk – international, aber auch regional – es werde Cricket gespielt, gemeinsam gekocht und vieles mehr.

„Wir brauchen einfache Sprache“

Um die Arbeit der Community Reporter weiterzuentwickeln müsse, so betont Frau Schattenhofer, die Zusammenarbeit, die Kommunikation und die Vernetzung weiter optimiert werden. Im Hinblick auf die Vernetzung müssten die Ehrenamtlichen über die bereits bestehenden Projekte informiert werden – dies gelte auch für die Flüchtlinge. Hierbei sei es besonders wichtig, Barrieren – insbesondere in der Kommunikation – abzubauen. Sprachbarrieren müssen zwingend beseitigt werden, damit sich Flüchtlinge über Angebote (städtisch und sonstige) informieren können. Die Recherche im Internet scheitere oft schon an Einstiegshürden, z.B. wegen einer komplexen Navigation oder komplizierter Fachsprache. Frau Schattenhofer plädiert für eine leichte Sprache und mehrsprachige Angebote. Schon durch einfache Mittel wie z.B. einfache Visualisierungen könnten Einstiegshürden gesenkt werden.



Moderator Thomas Laue wendet sich nun an Herrn Dr. Harald Rau mit dem Hinweis, er sei seit 2016 im Amt und habe somit die Herausforderungen der Integration und Unterbringung vieler neuzuwandernder Menschen im neuen Amt erlebt.

Dr. Harald Rau

„Köln als Gesellschaft der Vielfalt“

Köln verfüge über eine offene, einladende, bunte und freundliche und menschnahe Gesellschaft und werde zur Gesellschaft der Vielfalt gestaltet. Neben all den positiven Menschen und Akteuren sei aber auch das Elend anzutreffen: Menschen, die zehn Monate ohne Privatsphäre in Großunterkünften verbrachten – perspektivlos – ohne Schule für manche Kinder. Dies führe nicht nur zur Unmöglichkeit der Integration, sondern vielleicht sogar zum Widerstand gegen Integration.

„Wir kommen zur Normalität“

Laut Herrn Dr. Rau kommen wir aber dennoch nach zwei Jahren Notfallsituation irgendwie zur Normalität. Normalität heiße normaler Wohnraum im Veedel. Hier sei die Grundsituation, dass Köln eine wachsende Stadt sei. Dies bedeute, dass wir alle um das knappe Gut Fläche konkurrieren. Herr Dr. Rau stellt fest, dass in diesem Kontext der Vortrag zur Planungsutopie wirklich ein hervorragender Denkanstoß sei, wie man kreativ mit knapper Fläche umgehen könne. Normalität in Köln bedeute jedoch auch, dass derzeit noch 17 Turnhallen belegt seien.

Auf die Zwischenfrage, ob es eine Prognose gebe, wie lange die Stadt noch brauche, um diese in die zweite Säule des 4-Säulenmodells zu überführen, antwortet Herr Dr. Rau, dass die Landesregierung NRW keine Prognosen über weitere Flüchtlingsbewegungen geben könne. Wenn das Land dies nicht könne, sind auch für die Kommunen keine soliden Prognosen möglich. Wenn es auf dem aktuellen Level bleibe, sei die Stadt sehr zuversichtlich, die Turnhallen im lfd. Jahr geräumt zu bekommen. Herr Dr. Rau zeigt sich beeindruckt, dass es gelungen sei, für die Lebensqualität von Flüchtlingen, aber auch für die Arbeit von Ehrenamtlichen eine Reihe von Ratsbeschlüssen zu erwirken. Das Thema führe sogar zum Schulterschluss aller Parteien beim Beschluss, Mittel zu investieren, um die Lebensqualität von geflüchteten Menschen zu erhöhen.

Zwischenfazit:

- **Es wurde viel geschafft**
- **Es gibt einen guten Willen**
- **Es gibt keine Schmerzgrenzen, die erreicht werden**
- **Es gibt einen hohen Willen zur Zusammenarbeit**

Moderator Thomas Laue bittet nach seinem Zwischenfazit um Verbesserungsvorschläge.

Pfarrer Jost Mazuch:
„Ressourcen erhöhen“

Pfarrer Jost Mazuch nennt als das gemeinsame Ziel, die Flüchtlinge aus den Massenunterkünften zu bekommen. Allerdings seien die Menschen, die in der Verwaltung an dem Thema arbeiten, komplett überlastet – man müsse also zwingend die Ressourcen erhöhen. Dies kostet natürlich – also wäre eine wichtige Stellschraube die monetäre Unterstützung.

Maria Fichte
„Professionelle Wohnprojekte sind wünschenswert“

Frau Fichte betont, dass Innovation zum Thema Wohnen ein Weg sei – so gab es in der Ehrenamtsinitiative Wiko Dünnwald die Idee, Menschen, die alleine oder zu zweit in Reihenhäusern leben zu mobilisieren, Flüchtlinge aufzunehmen. Dies wurde dort leider nur in einem Fall umgesetzt, dafür aber extrem positiv und für beide Seiten profitabel. Auch generationenübergreifendes Wohnen sei denkbar. Zur Umsetzung von innovativen Ansätzen und guten Ideen, die trotz guter Ansätze noch nicht die gewünschte Resonanz bringen, sei die Unterstützung der Stadt durch mehr Aufklärung und Übertragung guter Ideen in professionelle Wohnprojekte wünschenswert.

„Unterstützungsstrukturen verstetigen“

Ein weiterer wichtiger Aspekt sei, dass die bereits existierenden Unterstützungsstrukturen, um die Menschen in Schule und Arbeit zu bringen, verstetigt und auch ausgebaut werden müssen. Es gebe zwar zahlreiche Projekte, wie unter anderem die Stadtteilmütter, die in diesem Zusammenhang eine gute Arbeit machten – nur leider seien diese befristet.

Thomas Laue weist darauf hin, dass es außer dem Schwerpunktthema des Flüchtlingsgipfels „Wohnen“ auch zahlreiche weitere Themen, wie beispielsweise Bildung und Arbeit, gebe, die mit in den Fokus genommen werden müssen. Er bittet um Beurteilung, ob Flüchtlinge überhaupt eine Chance haben, in diese Bildungs- und Arbeitsprozesse einzusteigen.

Maria Fichte antwortet, dass dies auch von Faktoren abhängt, die wir nicht in der Hand haben – ein großes Problem stellen die nicht anerkannten Abschlüsse dar. Unterstützung in Form von Praktikumsplätzen sei sicherlich zielführender, als wohlwollend gemeinte Spenden in Form von Kuschtieren. Nichtsdestotrotz scheiterten die Umsetzungen trotz guten Willens seitens potentiellen Arbeitgebern und Flüchtlingen an den Themen Sprache und Zugang zum Arbeitsmarkt im Hinblick auf die Qualifikation.



Thomas Laue fragt Herrn Dr. Rau, warum so viele Möglichkeiten nicht genutzt werden und ob die Stadt nicht kreativ genug sei.

Dr. Harald Rau

„Ein System ist nie gut genug, sondern immer auf dem Weg, besser zu werden“

Herr Dr. Rau spricht zunächst ein Lob an die Stadtgesellschaft und die Verwaltung aus. Dort habe man etwa 13.000 Menschen, die in weniger als zwei Jahren ungeplant zu uns gekommen sind, versorgt. Alle genießen eine Gesundheitsversorgung und seien zumindest mit den basalen Dingen ausgestattet. Allerdings seien wir noch lange nicht da, wo wir hin wollten. Er bestätigt, dass die Dauer von Baugenehmigungen von mehreren Jahren sehr unbefriedigend sei. Die wöchentlich tagende Task Force habe daher das Ziel, ämterübergreifend zu schnelleren Arbeitsergebnissen zu kommen. Und dennoch sei die interne Abstimmung zeitintensiv, insbesondere, wenn im Hinblick auf die Mittelbewirtschaftung, weitere Abstimmungen mit Bezirksregierung, Land und Bund notwendig seien und dann noch die Politik involviert sei.

„Bürokratieabbau beschleunigen“

Auf die Nachfrage des Moderators, wie man Prozesse beschleunigen könne, erzählt Herr Dr. Rau von der Idee, den Winterdienst in den Flüchtlingsunterkünften von den Flüchtlingen durchführen zu lassen. Die Umsetzung sei nicht wirklich gelungen: Haftungs- und Versicherungsthemen zeigten sich als unüberwindbare Hürden. Dennoch wurde die Maßnahme an 3 Standorten erprobt, um Erfahrungen zu sammeln. Um die Beschleunigung weiter voran zu bringen und für Bürokratieabbau zu sorgen, könnte das Prinzip der Task Force auf andere Bereiche und Themenfelder der Verwaltung übertragen werden. Sachverhalte können dann direkt am Tisch mit den relevanten Ämtern abschließend geklärt werden. Auch sei es wichtig, die Entscheidungsträger weg vom Schreibtisch hin zu den Projekten zu bringen, an denen gearbeitet wird. Es solle eine Feierkultur für erfolgreiche Projekte etabliert werden, um auch näher an die Menschen ran zu kommen.

„Krise als Chance“

Herr Dr. Rau bezeichnet die moderne Stadtplanung als einen guten Ansatz. Es bleibe zu hoffen, dass wir in die neue Quartiersplanung unsere Erfahrung einbringen und somit neue Sozialräume entstehen. Es braucht neue kreative Konzepte für Leben und Arbeiten, sowie mehr gemeinsame Sozialflächen in den Quartieren. So entstünden neue Arten des Zusammenlebens, in der Arbeit wieder näher am Wohnen mit neuen Verkehrskonzepten sei. Die Krise könne für die Stadt die Chance sein, schneller und unbürokratischer zu werden.

Podiumsdiskussion – Fragen aus dem Plenum

Marion Heuser, Mitglied des Rates der Stadt Köln:

„Wo steht die Stadt? An welchem Punkt ist sie angekommen in den Punkten Unterbringung und Betreuung? Wo gibt es Probleme? Wo haben wir Lücken, und wer kann herangezogen werden, um die Lücken zu schließen? Wir möchten einen Verantwortlichen benannt bekommen, der sich bereit erklärt, diese Lücken zu schließen!“

Dr. Harald Rau:

„Die größte Lücke ist der Faktor Zeit – wir sind alle nicht schnell genug, normalen konventionellen Wohnraum im Quartier zu schaffen. In meiner Rolle als Dezernent bin ich sicher mitverantwortlich. Aber diese Verantwortung kann keine Person alleine übernehmen – verantwortlich ist ebenso die ganze Stadtgesellschaft, aber auch private Immobilienbesitzer, die Genossenschaften und die Baugesellschaften.

Eine weitere große Lücke ist die Integration in Arbeit, in Vereine! Benötigt werden mehr Beschäftigungsprogramme – die zwar aktuell von der Bundesregierung aufgelegt werden – allerdings laufen viele Projekte ins Leere. Das Geld aus Berlin wird nicht wirksam eingesetzt! Die Bundesregierung sollte der Kommune unbürokratisch Mittel für die Entwicklung und Umsetzung bedarfsgerechter, regionaler und lokaler Beschäftigungsmodelle zur Verfügung stellen.“

Thomas Laue:

Konkretisierung der Frage – wo hakt es in Bezug auf das 4 Säulen Modell?

Dr. Harald Rau:

„Aktuell wurden innerhalb des Stadtgebietes Flächen identifiziert, auf denen in den nächsten 10 Jahren 50.000 Wohneinheiten geschaffen werden könnten. Fortschritt ist sichtbar – aber wir sind aufgrund der Komplexität der Systeme definitiv nicht schnell genug.“

Thomas Laue:

„Wie löst man das Problem als Sozialdezernent?“

Dr. Harald Rau:

„Mit Verbündeten! Ein gutes Beispiel hierfür ist Hans Oster, der Flüchtlingskoordinator, der beharrlich und tatkräftig die Dinge vorantreibt und somit Verfahren beschleunigt. Aber dieses Engagement findet auch seine Grenzen im Hemmnis der Regularien.“

Thomas Laue: „Wünsche?“

Dr. Harald Rau:

„Ich habe eine große Wunschliste: Ich wünsche mir Flächen und eine eigene Bauabteilung, mehr Personalressourcen, insbesondere Fachkräfte, die bei uns dieselbe Entlohnung bekommen wie in der freien Wirtschaft, damit wir ein attraktiver Arbeitgeber sind. Aber die Wunschliste hilft nicht weiter – wir benötigen jetzt kreativen und sozialraumkompatiblen Wohnraum; und um das zu schaffen, wird ein städtegesellschaftlicher Kulturwandel des Zusammenlebens benötigt, denn jeder ist hier in der Verantwortung.“

Bodo Marciniak, Architekt im Namen der Siedlergenossenschaft Kalscheurer Weg:

„Die Siedlergenossenschaft Kalscheurer Weg versucht seit 3-4 Jahren mit der Stadt ins Gespräch zu kommen, um ein Grundstück in Zollstock zu erwerben, auf dem 100 bis 120 bautechnisch variable Sozialraumwohnungen gebaut werden sollen. Das Angebot beinhaltete die Option, 30 Wohnungen gemeinsam auch mit den Flüchtlingen zu bauen. Das Liegenschaftsamt hat das Angebot nicht angenommen und auf die Notwendigkeit eines wirtschaftlich effektiven städtebaulichen Wettbewerbs hingewiesen. Auf die Flüchtlingsthematik wurde nicht eingegangen. Jetzt versuchen wir politische Unterstützung zu erhalten. Wir bieten die geforderte Privatinitiative. Jetzt muss die Stadt sich entscheiden, was sie will. Ich wünsche mir ein Gespräch mit Verantwortlichen, um zu eruieren, ob die Chance besteht, dieses Projekt zu realisieren.“

Dr. Harald Rau:

„Ich bin hochgradig beeindruckt von der Vielzahl der tollen Akteure, Initiativen und Vereine, zu der auch der Fragesteller gehört. Im Arbeitsalltag höre ich täglich von Projekten bei denen etwas schief läuft – aber die Wahrheit ist, dass bei Nachforschungen stets plausibel dargelegt werden konnte, warum die Projekte stocken. Es herrscht grundsätzlich eine große Motivation, in dem Bereich etwas voran zu bringen – keine Destruktivität. Auch im vorgetragenen Fall muss man ins Detail gehen.“

Bodo Marciniak:

„Ich bin weit entfernt davon, Ihnen einen Vorwurf zu machen. Die Siedlergenossenschaft wurde als nicht adäquater Gesprächspartner abgelehnt – dies kann durch ein Gespräch sicherlich geändert werden. Im Namen der Siedlergemeinschaft biete ich ein Gespräch mit Ihnen und dem Amt für Liegenschaften an, um den Sachverhalt zu einer Entscheidungsreife zu bringen.“

Das Angebot wurde von Herrn Dr. Rau angenommen.

Klaus Hoffmann, Stadtsportbund:

„Von den 27 Sporthallen sind nicht elf frei, sondern stehen derzeit lediglich sieben dem Sport zur Verfügung. Auch der Sport hat vor über zwei Jahren mit der Willkommenskultur begonnen, und eigentlich sind die Sportflächen die Grundbedingung der Arbeit. Die Vereine möchten so schnell wie möglich ihre Hallen zurück haben. Es kann nicht sein, dass Familien es acht Monate in einer Turnhalle ohne Privatsphäre aushalten müssen. Eine Anregung: Viele Erstaufnahmeeinrichtungen sind vakant – warum nicht offen einen Schritt zurückgehen. Raus mit den Menschen aus den Turnhallen und zurück in die Erstunterkünfte mit mehr Privatsphäre!“

Antwort : Ingrid Hack, Mitglied im Landtag NRW

„Im Mai 2016 habe ich mich gemeinsam mit meinem Kollegen Andreas Kossiski an den zuständigen Innenminister gewandt, um konkret die Belegung der Erstaufnahmeeinrichtung Alteburger Str. zu hinterfragen. Zu diesem Zeitpunkt hatte Köln, salopp gesagt, seine Quote der Aufnahme von zugewiesenen geflüchteten Menschen noch nicht erreicht. Das war schwer zu vermitteln – aber die Umsetzung der Idee hätte vor Erreichung der Quote im Oktober 2016 nichts gebracht. Gerne wird die Anregung zum jetzigen Zeitpunkt erneut hinterfragt. Allerdings muss erneut mit einer nicht passenden Antwort gerechnet werden, da das Land infolge der nicht einzuschätzenden Entwicklung auch immer Plätze vorhalten muss – hierfür wird dann aber auch gerne der Grund gesucht.“

Stimmen aus dem Plenum

Klaus Adrian, Mitglied einer Willkommensinitiative, AK Politik:

„Vor zweieinhalb Jahren habe ich den kreativen und beeindruckenden Vortrag von Professor Friedrich zur Unterbringung von Flüchtlingen das erste Mal gesehen und gehört. Bis heute ist nicht einmal ein Ansatz dieser Ideen irgendwo in Köln sichtbar. Betrachtet man dies unter dem Aspekt „schön, dass wir darüber gesprochen haben“, so ist dies eine Katastrophe. Warum ist damals davon nichts umgesetzt worden?“ Meine zweite Frage ist: Warum sitzt bei einem Flüchtlingsgipfel kein Flüchtling vorne auf dem Podium?“

Marion Wimmer, interkultureller Dienst der Stadt Köln:

„Mich bewegt die Frage des bezahlbaren Wohnraums für alle Bürgerinnen und Bürger in prekären Lebenslagen. Die Mietobergrenzen für Transferleitungen müssen hochgesetzt werden. Dies ist Voraussetzung für eine gleichmäßige Verteilung auf die Stadtbezirke“

Weitere Stimmen aus dem Plenum

Geres Meyer-Jüres, Willkommensinitiative „Willi“:

„Ist die Umsiedlung von einer Turnhalle in ein angemietetes Schwimmbad wirklich eine nachhaltige Verbesserung?“

Gaby Gehlen, WiKu Köln Mülheim:

„Leichtbauhallen ohne Kochmöglichkeit beeinträchtigen die Lebensqualität. Warum kann man keine Küchencontainer aufstellen – dies wäre sicherlich viel günstiger als der Cateringservice? Wir müssen uns mehr in die Lage der Flüchtlinge reindenken!“

Ilkay Erduran, Koordinatorin SPZ Mülheim:

„Auch ich kenne das Problem der fehlenden Kochmöglichkeiten, bedingt aus einer Fülle von Vorschriften, wie zum Beispiel die Größe der Einrichtung oder die Einhaltung der Hygieneverordnung, so dass das Problem für den Einzelnen oder die Familie nicht gelöst werden kann. Ein Hilfsmittel sind Workshops von engagierten Bürgervereinen, in denen gemeinsam gekocht wird. Aufeinander zugehen und miteinander reden ist die richtige Strategie, um Probleme zu lösen. Diese Vorgehensweise praktiziert auch die Verwaltung – jetzt muss nur noch geschaut werden, wie dies im Kleinen aussehen soll.“

Statements der Podiumsrunde:

Thomas Laue an Dr. Harald Rau: „Wie bekommen wir die Sachen vereinfacht?“

Dr. Harald Rau:

„Die Frage ist nicht so einfach zu beantworten! Wir bilden eine neue Struktur, indem wir die „Runder-Tisch-Mentalität“ in der Verwaltung stärken. Wir bilden eine neue Kultur, indem wir unsere Amtsleiter und Sachbearbeiter näher an die Menschen heran führen. Es gibt allerdings auch wenig veränderbare Dinge: Obwohl Kochen sicher die höchste Lebensqualität ausmacht, ist in diesem Kontext der Sicherheitsaspekt höher zu bewerten, als die soziale Komponente. Hier blockiert Sicherheit das Leben – wäre dies nicht so, hätten wir andererseits ein hohes Infektionsrisiko. Die richtige Lösung kann nur sein: raus aus den Großunterkünften!“

Dr. Rau greift die Frage auf „Ist die Umsiedlung von einer Turnhalle in ein angemietetes Schwimmbad wirklich eine nachhaltige Verbesserung?“:

Wir wollen raus aus den Turnhallen – dies ist das wichtigste Anliegen! Auch das umgebaute Schwimmbad ist dann wieder ein Provisorium und soll ein Lösungsversuch sein. Die Frage ist: Wie schaffen wir es, dass die Kreativität wirksam wird!“

Thomas Laue an Maria Fichte: „Wie verhindert man die Konkurrenz der Stadtteile?“

Maria Fichte:

„Da es keine andere Lösung gibt, muss man der Konkurrenz, die es gibt, begegnen, indem man Menschen tatsächlich mischt. Dies setzt voraus, dass man nicht einfach sagt, in einem sozial belasteten Stadtteil kommen weitere 120 Sozialwohnungen hinzu. Aber eigentlich habe auch ich keine Antwort auf diese Frage. Meine persönliche Frage an die Runde ist allerdings: Wie geht es denn jetzt, da der Ratsbeschluss umgesetzt wurde und der Flüchtlingsgipfel stattfindet, weiter? Was machen wir? Gründen wir einen runden Tisch? Verbessern wir tatsächlich das Schnittstellenmanagement zwischen den Ämtern und den Betroffenen?“

Podiumsdiskussion – Wünsche aus dem Plenum

Thomas Laue nimmt die Frage von Frau Fichte nach dem „Was machen wir denn jetzt“ zum Anlass, eine „Wünscherunde“ zu eröffnen.

Ingrid Hack, MdL:

„Wen kann man 2017 noch als Verbündeten ins Boot holen?“

Christian Joisten, Mitglied des Rates der Stadt Köln:

„Es muss ein Gipfel folgen mit den Bauleuten (Baudezernent, potentielle Investoren, Bauunternehmen, Immobilienmakler)!“

Beate Mages, Vingster Treff:

„Stichwort Transparenz der Ergebnisse der Workshops aus der Veranstaltung „Geflüchtete Menschen mit besonderem Schutzbedarf“ aus dem Jahr 2016: Was ist daraus geworden?“

Anneli Gott, Willkommensinitiative WiRo in Rondorf:

„Es bedarf einer Zusicherung für beschleunigtes Baugenehmigungsverfahren für Investoren, die preiswerten Wohnraum bauen.“

Stefanie Asbeck, DFV NRW e.V.:

„Es geht nicht nur darum, die Menschen in egal welche Arbeit zu bringen. Es muss an der Zuführung der Qualifikation in unsere Gesellschaft gearbeitet werden, denn das wäre ein Gewinn für uns alle.“

Berthold Bell, Rainbow Refugees Cologne – support group

„Auch bei Flüchtlingen gibt es Schwule, Lesben und Transgender, die in ländlichen Unterkünften von den homophoben Flüchtlingen gemobbt werden. Uns ist es bereits gelungen, einige nach Köln umzusiedeln. Ich habe privat auch einen Flüchtling aufgenommen – eine wertvolle Erfahrung. Eine 1-zu-1-Beziehung ist das Beste für die Integration!“

Guillaume Mozokina – Borussia Kalk, Integrationsbeauftragter:



„Mich hat am meisten interessiert, über die Vorschläge und Wünsche zu sprechen. Ich bin überzeugt: Man kann gerne Sachen kritisieren, aber wenn Leute positive Gedanken haben und sich auch trotz der schwierigen Lage einsetzen, muss man positiv darüber sprechen! Ich habe selber Migrationshintergrund und bin als Flüchtling gekommen. Auch ich habe unter schwierigen Umständen gelebt, in einem Container mit meiner Mutter und meinen kleinen Geschwistern. Es war sicher nicht einfach auch wenn es schon 20 Jahre her ist als wir aus dem Kongo geflüchtet sind. Und jetzt 20 Jahre später bin ich dankbar! Ich bitte zu bedenken: Flüchtlinge sind keine Bettler, die nichts zu sagen haben und nur auf Hilfe angewiesen sind. Viele haben Kompetenzen und Potential – man muss da drauf schauen. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen wie wichtig die Integration durch Sport ist. In einem nächsten Gipfel würde ich gerne über die gelungene Integration sprechen. Und dies auf jeden Fall mit Flüchtlingen, die dann ihre eigene Sicht darstellen können.“

Podiumsdiskussion – Abschlussrunde

Thomas Laue: Was machen Sie als Nächstes?

Pfarrer Jost Mazuch:

„Ich werde mich am Runden Tisch für mehr Möglichmacher einsetzen – zwischen Ehrenamt und Hauptamt – und auch für so interessante Projekte, wie „Flüchtlinge bauen selbst ihre künftige Wohnung“ einsetzen. Ich werde mich mehr dafür einsetzen, dass wir aufhören, aus der Sicht der Strukturen und Mehrheitsgesellschaft zu denken. Wir müssen mehr aus der Sicht der Flüchtlinge denken und agieren – und der Frage nachgehen, warum beim Runden Tisch für Flüchtlingsfragen der Stadt kein Flüchtling sitzt?“

Anna Lena Schattenhofer:

„Wir wollen weiter Barrieren im Bereich der Sprache abbauen. Wir möchten den Flüchtlingen die Angebote zugänglich machen, weiter vernetzen, bestehende Ängste überwinden, die Menschen motivieren und zusammenbringen.“

Dr. Harald Rau:

„Ich werde mich mit voller Kraft und Engagement für die Flüchtlinge in unserer Stadt und Stadtgesellschaft einsetzen und alles daransetzen, um verwaltungsinterne Prozesse zu beschleunigen“

Maria Fichte:

„Initiativen tragbar machen damit sich diese verselbständigen können! Ich werde zukünftig nicht mehr von „dem Flüchtling“ reden, sondern diesen, sofern möglich, mit Namen ansprechen.“



Impressionen

Markt der Möglichkeiten







„Zusammenfassung und Ausblick“

Dr. Harald Rau, Beigeordneter für Soziales, Integration und Umwelt der Stadt Köln



Zusammenfassung und Ausblick

Dr. Harald Rau stellt in seiner Zusammenfassung fest, dass sich die Welt in einem großen Umbruch befindet, der Wunsch nach einer bunten Gesellschaft jedoch ähnlich groß ist. Die Stadt Köln möchte daher ein Zeichen setzen und eine Kultur der Neugierde und der Buntheit stärken. Am heutigen Tag wurde dieses Engagement - durch einen kraftvollen und interessierten Erfahrungsaustausch, - auch so erlebt.

Kämpfen für eine neue Gesellschaft

Eine neue Gesellschaft entsteht, in der Grenzen überwunden werden. Silvester vor einem Jahr war sicherlich ein Tiefpunkt und hat uns aufgezeigt, dass es nicht selbstverständlich sein wird, diese neue Gesellschaft zu erreichen. In zehn Jahren werden wir jedoch merken, wie wichtig die heutige Zeit war und dass wir für einander eingestanden sind. Für diese neue Gesellschaft heißt es nun zu kämpfen.

Köln ist erfreulicherweise eine wachsende Stadt, eine attraktive Stadt, in die Menschen gerne kommen. Das heißt auch, eine Stadt zu sein, die Zukunft generiert. Wenn es gelänge Wohnraum für alle zu schaffen, wäre Köln noch attraktiver, es kämen noch mehr Menschen. Es wird daher nie ein „Genug“ an Wohnraum geben, Wohnraum wird immer ein knappes Gut sein.

Betrachtet man die Entwicklung, liegt eine Phase der Not noch nicht ganz hinter uns. Im Heute stehen wir in einer Phase der Integration und im Morgen finden wir das Ziel einer inklusiven Gesellschaft vor. In dieser freuen wir uns am Miteinander, wir fühlen uns wertgeschätzt und bereichert in der Gesellschaft. Im Heute fehlt Wohnraum, in Köln fehlt auch Fläche für den Wohnungsbau.

Chance und Bereicherung

Wir müssen dafür sorgen, dass es keine Assimilation innerhalb der Gruppe der Segregierten gibt. Echte Integration macht es erforderlich, dass es keine Großunterkünfte gibt, sondern möglichst bedarfsgerechte. Die Veedel mit vielen Flüchtlingen erfahren diese neue Situation eher als Chance und Bereicherung.



Auch andere Arrival Cities (Städte mit Ankommenskultur) und ihre Viertel reifen dadurch. Ein Kölner Beispiel ist der soziale Wohnraum der GAG am „Grünen Weg“, mit einer Durchmischung von Wohnen, Arbeit und Kultur.

Einbindung des Baudezernates

Aus dem heute Gehörten ergibt sich die klare Forderung, dass das Baudezernat viel mehr eingebunden werden muss, etwa bei Veranstaltungen wie dieser. Moderne Städteplanung macht Lust, denn es entstehen neue Räume für Menschen. Es wird neu gedacht, wie Wohnen, Arbeit und soziale Begegnung städtebaulich miteinander verknüpft werden können. Beispiele sind hier etwa die neuen Quartiersplanungen Deutzer Hafen, Parkstadt Süd und Rondorf.

Beschleunigung und Entbürokratisierung

Perspektivisch gesehen wird individueller Wohnraum geringer werden und öffentlicher Raum wird wertvoller. Um diesem Trend gerecht zu werden, müssen Verwaltungsabläufe beschleunigt und entbürokratisiert werden. Eine neue Kultur muss in der Verwaltung etabliert werden, eine verwaltungsinterne Kultur des Miteinanders. Flächenpriorisierungen müssen geschehen, neben Umwelt und Sozialem muss auch die Wirtschaft ihren Raum haben. Diese Konkurrenz muss gelöst werden, z.B. durch integriertes Arbeiten und Wohnen.



Wen brauchen wir für die Integrations- und später Inklusionsgesellschaft?

- Alle Menschen, die ihre eigene Verantwortung als Teil der Stadtgesellschaft einbringen
- Die Stadtpolitik/den Rat der Stadt, um Priorisierungsentscheidungen zu setzen und den Haushalt zu konsolidieren
- Die Stadtverwaltung, u.a. ein gutes Zusammenspiel von Sozial-, Bau- und Umweltbereich
- Die Landespolitik, die Bundesgeld direkt an die Kommune weitergibt und auch anreichert
- Die Bundespolitik, die uns mit Geld und Förderbedingungen handlungsfähig macht
- Kulturgestalter, die voraus gehen

Wir nehmen von heute mit:

- Wir stehen für eine neue Kultur.
- Geflüchtete Menschen sind ein wertvolles Merkmal unserer Stadtgesellschaft.
- Wir sind gehalten schnellere Verwaltungsprozesse zu ermöglichen.

**Einen herzlichen Dank für die Mitarbeit bei der inklusiven Gestaltung
unserer Gesellschaft!**